

Usbekistan: Die zentralasiatische Regionalmacht blickt nach Westen

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (1996). *Usbekistan: Die zentralasiatische Regionalmacht blickt nach Westen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 72/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46685>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Usbekistan: Die zentralasiatische Regionalmacht blickt nach Westen

Zusammenfassung

Usbekistan bildet das Zentrum unter den fünf sowjetischen Nachfolgestaaten in Zentralasien und wurde in dieser geopolitischen Bedeutung von der US-Politik entdeckt. Nachdem die Beziehungen zwischen Taschkent und Washington durch Demokratiedefizite Usbekistans zunächst behindert waren, begleitet Taschkent neuerdings eine Intensivierung seiner Westpolitik durch Signale in Richtung einer innenpolitischen Liberalisierung. Die Akzente seiner Außenpolitik haben sich von der GUS-Integration zur regionalen Integration in Zentralasien und von der Kooperation mit Rußland zu verstärkten Kontakten zu westlichen Partnern verlagert. Rußland betrachtet diese Entwicklung mit Argwohn. Es konnte bislang selbst die Zuspitzung an der Südflanke der GUS, die Eskalation des Bürgerkriegs in Afghanistan, kaum zu einer Stärkung seiner Position in Zentralasien nutzen.

Entwicklungen in der Außenpolitik Usbekistans

Präsident Karimow forderte 1992 eine "aktive, offene, diversifizierte und entideologisierte Außenpolitik" für das gerade unabhängig gewordene Usbekistan: Man beabsichtige nicht, in den Einflußbereich irgendeiner Großmacht zu treten. Usbekistan hat "nicht dazu seine Unabhängigkeit erlangt, sich erneut unterzuordnen [...] Unsere Devise in der GUS und in der gesamten Außenpolitik lautet 'Gleicher unter Gleichen sein', für immer wollen wir uns vom Syndrom 'des älteren Bruders' befreien". An dieser wie an anderen Stellen betonte Karimow die Gleichzeitigkeit von Öffnung und Identitätswahrung, die Orientierung an internationalen Normen und Standards, "ohne das eigene Antlitz einzubüßen".¹ In der Innenpolitik schränkte ein "eigener Weg zur Demokratie" "internationale Standards" mit Berufung auf "das eigene Antlitz" und auf Destabilisierungsgefahren ein.

Der Präsident führte damals als außenpolitische Partner die GUS, Rußland, die zentralasiatischen Republiken und eine Reihe anderer Staaten und Organisationen auf. Die Integration in die GUS wurde durch "objektive Umstände" (integrierter Wirtschaftsraum, bestehende Transport- und Energiesysteme, Notwendigkeit ökologischer Kooperation, multinationale Bevölkerungsstrukturen) bestimmt. Rußland nahm eine "Schlüsselstellung in den Beziehungen innerhalb der GUS" ein und übte "beachtlichen Einfluß auf das Leben Usbekistans" aus.² Danach kam - durch die Verwandtschaft der Nationalkulturen, Sprachen, Sitten und Bräuche, die starke Verflechtung der

¹ I.A. Karimow, Usbekistan. Ein eigener Weg der Erneuerung und des Fortschritts, Taschkent 1992, S. 26.

² Ebenda, S. 30-32.

Republikwirtschaften und die gemeinsame Überwindung gravierender Umweltprobleme in Zentralasien bestimmt - die regionale Integration. In den folgenden Jahren verschoben sich die Akzente. An erster Stelle steht inzwischen nicht mehr die GUS-Integration, die von Usbekistan zunehmend skeptisch beurteilt wird, sondern die regionale Integration und die Intensivierung der Westpolitik.

Verhältnis zu Rußland und zur GUS

Seit dem russischen Parlamentswahlkampf 1993 betrachteten die zentralasiatischen Staaten die politische Entwicklung Rußlands mit Besorgnis. Man befürchtete die Rückkehr restaurativer Kräfte in die russische Politik. Während der russischen Wahlkämpfe warnte Präsident Karimow vor einer rechts- oder linkskonservativen Alternative zu Jelzin und unterstützte die regierende Elite in Rußland. Doch auch die Politik der Jelzin-Administration trug für Taschkent neo-imperiale Züge, besonders die im September 1995 formulierte GUS-Strategie.³ Sie identifizierte Rußland als "Führungsmacht in der Bildung eines neuen Systems zwischenstaatlicher politischer und wirtschaftlicher Beziehungen auf dem exsowjetischen Territorium" und schlug eine Verbindung zwischen einer machtvollen russischen Integrationspolitik in der GUS und dem Erhalt der Integrität der Russischen Föderation selber. Bestimmte Instrumente dieser Strategie wie der Schutz der Russen im "nahen Ausland" tangierten das Sicherheitsgefühl zentralasiatischer Staaten und erinnerten an kolonialpolitische Institutionen wie das der Exterritorialität.⁴

Einem Führungsanspruch Rußlands hat sich in Zentralasien am stärksten Usbekistan verweigert, obgleich es von ihm weniger betroffen ist als der nördliche Nachbar Kasachstan, der als einziger Staat der Region eine lange Landgrenze zu Rußland hat und dem Schutzanspruch Moskaus für die "Landsleute in der Diaspora" besondere Aufmerksamkeit widmen muß. Es steht zwar formell zu seiner GUS-Mitgliedschaft und zur Kooperation mit Rußland. Seine Hauptstadt ist der Gründungsort des im Mai 1992 geschaffenen kollektiven Verteidigungssystems der GUS-Staaten. Gleichwohl läßt Taschkent Zweifel an der Integrationskraft dieser "Gemeinschaft" erkennen. Die "vertiefte Integration" innerhalb der GUS, an der Kasachstan und Kirgisistan im Rahmen der im April 1996 geschlossenen Zollunion (mit Rußland und Belarus) teilnehmen, wird von Taschkent ebenso abgelehnt wie der vom Präsidenten Kasachstans stammende Vorschlag einer euro-asiatischen Union mit supranationalen Strukturen. In militärpolitischer Hinsicht distanziert sich Usbekistan zusammen mit der Ukraine und Aserbaidshan von zu engen Kontakten mit Rußland.⁵ Beim Treffen der Verteidigungsminister der GUS-Staaten in Duschanbe Ende Oktober 1996 kam es zum Eklat: Die usbekische Delegation stellte sich der Kandidatur des ehemaligen russischen Generalstabschef Kolesnikow für die Leitung des Koordinationsstabs für militärische Kooperation der GUS-Staaten entgegen und verlangte für dieses Amt einen Kandidaten, der nicht russischer Staatsbürger ist.

Abkoppelungstendenzen zeigen sich auch in den Außenwirtschaftsbeziehungen, in denen ein wachsender Anteil des Ex- und Imports mit Ländern außerhalb der GUS abgewickelt wird. Die Distanzierung von russischer Dominanz in Zentralasien, gekoppelt mit einer Selbstwahrnehmung, in der sich Usbekistan selber die dominante Rolle in der Region zuspricht, lenkt die Außen- und Integrationspolitik Taschkents in zwei Richtungen: die regionale Integration und eine Annäherung an den Westen, insbesondere an die USA. In der politischen Publizistik Rußlands wird diese Entwicklung mit Argwohn betrachtet und mit verschärfter Kritik an der bisherigen innenpolitischen Entwicklung des Landes bedacht. Usbekistan, das auf den Erdgasmärkten der Ukraine,

³ Rossijskaja gazeta, 23.9.1995.

⁴ Stephen Blank, Central Asia's International Relations in the Asian Context, Issues and Studies, vol. 35, no.5, May 1996.

⁵ Usbekistan, in sowjetischer Zeit der Kern des zentralasiatischen (turkestanischen) Militärkreises, ist bislang der einzige sowjetische Nachfolgestaat Zentralasiens ohne russische Militärbasen und Grenzschrützer geblieben. Es hat den Vertrag über den Militärdienst von Staatsbürgern der RF in in den Streitkräften anderer Republiken mit Rußland nicht unterzeichnet; auf usbekischem Territorium gibt es kein einziges russisches Militärojekt; seine Grenze zu Afghanistan sichert Usbekistan aus eigenen Kräften

Transkaukasiens und anderer Teile der GUS in Konkurrenz zu Rußland tritt, betreibe "eine demokratiefeindliche Variante des Staatsaufbaus, die einer Integration mit Rußland entgegensteht".⁶ Ein russischer Kommentar knüpft an diesen Punkt mit einem polemischen Wortspiel an, wonach die zentrale Vokabel der usbekischen politischen Sprache seit 1991, nämlich "müstakilik" (Souveränität), vom Mann auf der Straße zu "mustahkam kullik" (schwere Knechtschaft) umgewandelt worden sei. Die Zeichen, die Taschkent zuletzt in Richtung Menschenrechtspolitik, Liberalisierung der Presse und demokratische Reformen gesetzt habe, seien Ausdruck außenpolitischen Opportunismus. Opportunismus wird auch den USA vorgeworfen, die bereit seien, über Demokratiedefizite in Usbekistan hinwegzublicken, um in Zentralasien über ihren Einfluß auf das dortige Schlüsselnd die von Rußland geräumte Position des "älteren Bruders" zu besetzen.⁷

Zentralasiatische Regionalmacht

Usbekistan kooperiert mit Kasachstan und Kirgisistan in einer 1994 gegründeten Wirtschaftsgemeinschaft. Die drei Staaten umfassen einen Raum mit 45 Mio. Einwohnern, der 90% der Baumwolle und über 20% der Kohle in der GUS produziert und der seinen Erdöl- und Erdgassektor und dessen Exportkanäle zu entwickeln versucht, wobei Usbekistan bei der Integration des Energiesystems eine Schlüsselposition einnimmt.⁸

Es begreift sich als das politische, historisch-kulturelle, wirtschaftliche Zentrum Zentralasiens. Objektive Faktoren unterstützen diese Perzeption. Mit seinem BIP und seiner Bevölkerungszahl übertrifft es Turkmenistan, Kirgisistan und Tadschikistan zusammengenommen um das Doppelte. Seine Wirtschaftsentwicklung erwies sich als stabiler als die Kasachstans, das zu Beginn der Unabhängigkeit im Mittelpunkt internationaler Aufmerksamkeit gestanden hatte. Der Aufbau nationaler Streitkräfte vollzieht sich zügiger als in den Nachbarstaaten. Mit kulturellen Ressourcen für die Selbstbestätigung des Nationalstaats ist Usbekistan besser ausgestattet. Was Symbole und Denkmäler mittelasiatischer Geschichte betrifft, kann es auf seinem Staatsterritorium aus dem Vollen schöpfen und betreibt eine Art "nationalstaatlicher Okkupation" des regionalen Geschichtsraums. Damit nährt es bei den Nachbarn aber auch den Verdacht, unter dem Stichwort "Turkestan - unser gemeinsames Haus" seine eigene Stellung in diesem Haus zu meinen, und läuft Gefahr, das Syndrom des "älteren Bruders", von dem es sich selber kategorisch befreien will, bei den Nachbarn in Hinsicht auf seine eigene Machtstellung zu provozieren. Das "usbekische Syndrom" ist besonders in Kirgisistan zu bemerken. Es wird durch die Tatsache unterstützt, daß sich in den Nachbarstaaten starke usbekische Minderheiten in bestimmten Landesteilen konzentrieren. Gegenüber Tadschikistan bildet nicht nur Rußland, sondern auch Usbekistan die Protektionsmacht. Eine amerikanische Regionalexpertin bezeichnet es als "Central Asia's instinctive imperialist".⁹

Taschkent unterstreicht historisch gewachsene regionale Gemeinsamkeiten - mit dem Stichwort "Turkestan", mit der Erinnerung an das Kommunikationssystem der Seidenstraßen und der Beschwörung großer Namen aus der reichen mittelasiatischen Kulturgeschichte. Man betont die Brückenstellung, welche die Region im Mittelalter und unter den Timuriden in "Eurasien" eingenommen hatte. Gleichzeitig werden Timur und seine Dynastie für den usbekischen Nationalstaat beansprucht, ein Paradebeispiel für "invented tradition". Moskau sieht hinter alledem den Versuch, die Region unter usbekischer Führung unabhängig von Rußland zu machen und unter Umgehung russischer Transportlinien die Weltmärkte zu erreichen. Dabei spielt der Brückenschlag nach Pakistan, der durch die Entwicklung in Afghanistan behindert wird, eine Rolle.

⁶ V. Ljaporov, Nužen li Srednej Azii sojuz s Rossiej? NG, 13.9.96, S. 3.

⁷ A. Musin, SŠA vozdejstvujut na političeskuju situaciju v respublike, NG, 27.9.96:

⁸ Uzbekistan's Role in Integration of the Central Asian States, in: Focus Central Asia, 9/1996, S. 65ff.

⁹ Martha Brill Olcott, Central Asia's New States, United States Institute of Peace, Washington D.C. 1996, S. 113-138.

Usbekistans "Südpolitik"

Das Hauptthema in der usbekischen Sicherheitspolitik bilden die regionalen Konflikte in Tadschikistan und Afghanistan. Schon lange vor der Eroberung Kabuls durch die Taliban am 27. September 1996 hatten die sicherheitspolitischen Eliten in Taschkent die Gefahr eines Ausgreifens der afghanischen Wirren auf Zentralasien betont. "Dieses Problem darf die Menschheit nicht weniger berühren als der Krieg in Bosnien oder der arabisch-israelische Konflikt", mahnte Präsident Karimow Ende 1995 vor ausländischen Diplomaten.¹⁰ Dabei klagte er die "imperialistische Einmischung" durch die Sowjetunion als Hauptursache der afghanischen Tragödie an. "Auch heute wird wieder durch äußere Einmischung Öl in das Feuer der afghanischen Konflikte gegossen", was sich an verschiedene externe Akteure im Afghanistandrama richten dürfte. Die Frage ist, wie weit Usbekistan selber zu den Akteuren gehört. Taschkent vertritt offiziell das Nichteinmischungsgebot in der Afghanistanfrage und fordert ein striktes Waffenembargo als nächstliegendes internationales Handlungsmittel. Hier zieht es mit Moskau am gleichen Strang. Offiziell spielte die Regierung bisher Verbindungen zu dem usbekischen General Dostum herunter, der sechs Provinzen Nordafghanistans unter seiner Kontrolle hat und gegenwärtig der militärischen Koalition gegen die Taliban angehört. Laut unabhängigen Quellen soll der General aber Hilfe von Usbekistan empfangen haben, einschließlich militärischer. Dostum ist für Taschkent in zweifacher Hinsicht wichtig: Er sorgt für Stabilität im Grenzgebiet zu Usbekistan und verkörpert usbekischen Einfluß auf afghanische Angelegenheiten.¹¹ Auch die Afghanistanpolitik Rußlands setzt auf Dostum, der in seinem Herrschaftsbereich eine Stabilitätszone im Bürgerkriegsland errichtet hat, dessen Loyalität aber als äußerst wechselhaft gilt. Rußland hat es bisher nicht vermocht, die Zuspitzung an der Südflanke der GUS für die Festigung eines militärischen Bündnisses unter seiner Führung zu nutzen. Das usbekische Votum gegen Kolesnikow erfolgte vor dem Hintergrund dieser Zuspitzung und zeigt, daß Taschkent auch von der "afghanischen Gefahr" nicht von seiner selbstbewußten Haltung gegenüber dem "älteren Bruder" von einst abzubringen ist. Noch deutlicher vertrat Turkmenistan seine eigene politische Linie angesichts der Entwicklung in Afghanistan, nämlich die der Neutralität. Kasachstan und Kirgisistan übten Zurückhaltung gegenüber jeder direkten Einmischung in Afghanistan. Einige Politiker und Medien in Rußland beschwören das Gespenst einer Taliban-Expansion "bis Buchara" und behaupten, es gebe eine Verbindung zwischen der islamischen Opposition Tadschikistans und den Taliban zwecks Sturz der Regierung in Duschanbe und größerer Offensiven in den GUS-Raum hinein. Diese Version wird von den Führern der vereinigten tadschikischen Opposition heftig bestritten. Zwischen ihnen und den Taliban bestehen ethnische, politische und religiöse Differenzen.¹²

In seiner *Tadschikistanpolitik* kritisiert Taschkent zunehmend die Regierung in Duschanbe, die es zusammen mit Moskau und den zentralasiatischen GUS-Staaten gegen die bewaffnete Opposition unterstützt. Es bemängelt den Widerwillen des Regimes, mit der Opposition in einen Dialog zu treten und seine Machtgrundlage auf eine breitere regionale Basis zu stellen, und ist über die Dominanz der Kuljaber Regionalelite in der Politik des Nachbarlands verärgert. Seine Vorstellung über eine Regelung des Tadschikistankonflikts sieht eine Konferenz unter Teilnahme aller gesellschaftlichen und regionalen Kräfte des Landes sowie eine Koalitionsregierung vor. Gegenüber *Iran* nimmt Usbekistan die distanzierteste und kritischste Position unter den GUS-Staaten ein, während Rußland gute Beziehungen zu Teheran unterhält. Taschkent moniert die Kontakte seiner mittelasiatischen Nachbarn zur Islamischen Republik, obwohl diese keinen politisch-ideologischen oder religiösen, sondern wirtschaftlich-pragmatischen Charakter tragen. In diesem Punkt nähert sich seine Politik dem starken anti-iranischen Affekt an, der die amerikanische Mittelost- und Zentralasienpolitik prägt. Dies wurde zuletzt auf einem Gipfel der ECO deutlich. Präsident Karimow wies dort eine antiwestliche Attacke des iranischen Präsidenten zurück und bekam von Rafsandschani zu hören, Usbekistan mache sich zum Komplizen der USA.

¹⁰ Pravda vostoka, 30.12.1995.

¹¹ Economist Intelligence Unit. Country report: 3rd quarter 1996.

¹² Nezavisimaja gazeta, 16.10.1996, S. 3.

Die Beziehungen zum Westen

Usbekistan hat sich den Ruf eines relativ stabilen Landes mit einer Wirtschaftsentwicklung erworben, die im GUS-Vergleich günstig dasteht und Investitionsanreize bietet. Bis 1996 beliefen sich nach einer russischen Quelle die akkumulierten Auslandsinvestitionen in Usbekistan auf 2,9 Mrd. Dollar.¹³ Usbekistan präsentiert 1996 die erste Autoproduktion in Zentralasien in einem joint-venture mit dem koreanischen Daewoo-Konzern. Eine Reihe internationaler Konzerne, darunter Mercedes-Benz, sind in dem Land engagiert. Usbekistan hatte bislang aber auch das Image, Stabilitätswahrung durch Einschränkung politischer Freiheitsrechte zu praktizieren und seine Wirtschaftsreformen konservativ-etatistisch zu gestalten. Signale aus Taschkent, die eine Liberalisierung der Innenpolitik in Aussicht stellen, flankieren eine seit 1995 erkennbare Annäherung an die USA. Diese hat in erster Linie mit der Tatsache zu tun, daß Washington Usbekistan als regionales geopolitisches Zentrum, als ein Gegengewicht zu einer einseitigen russischen Dominanz und als einen Partner entdeckt hat, der die amerikanische Blockadepolitik gegenüber Iran unterstützt. Auf politikwissenschaftlicher Ebene manifestierte sich diese Entdeckung in einem Aufsatz S. Frederik Starrs, eines Experten für Rußland und Zentralasien des Aspen Institute, in "Foreign Affairs".¹⁴ Starr erhob Usbekistan zum "Central Asian stabilizer" und nach Rußland und der Ukraine zum "third leg of a tripod of power" im exsowjetischen Raum.

US-Verteidigungsminister Perry bekräftigte bereits 1995 bei einem Staatsbesuch in Taschkent Usbekistans "wichtige Rolle nicht nur in Mittelasien, sondern im gesamten eurasischen Raum" und nannte das Land "eine Insel der Stabilität in einer stürmischen Welt der Instabilität". Präsident Karimow bezeichnete im Gegenzug die Präsenz der USA in der Region als "Garantie für Stabilität" und erinnerte dabei an die "imperialen Stimmungen und die immer häufigeren nostalgischen Erinnerungen an die vergangenen Zeiten in Rußland". Er unterstrich das Souveränitätsbeharren seines Landes. "Wir haben den Vertrag über einheitliche GUS-Streitkräfte und ein einheitliches Kommando der Grenztruppen nicht unterzeichnet. Schließlich ist das ein Eingriff in unsere staatliche Souveränität". Gleichzeitig zog er eine Reizkarte im Umgang mit Washington mit dem Hinweis auf die "Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus in der Region". "Deshalb sind wir an einer engen Zusammenarbeit mit den USA interessiert und haben uns aktiv dem Nato-Programm 'Partnerschaft für den Frieden' angeschlossen".¹⁵

Im Sommer 1996 erreichten aus usbekischer Sicht die Beziehungen zu den USA ihren bisherigen Höhepunkt bei dem (bislang dritten) Besuch Karimows in Washington. Er wurde durch einen zuvor umstrittenen Empfang durch Präsident Clinton für Taschkent in den Rang des herausragenden außenpolitischen Ereignisses 1996 erhoben. Dabei wurden auch Gespräche im Pentagon hervorgehoben. Der Besuch war deshalb bemerkenswert, weil ihm demonstrative Gesten zur Verbesserung der usbekischen Menschenrechtspolitik vorausgegangen waren. Bei einem Besuch des EU-Gipfels in Florenz im Juni unterzeichnete Präsident Karimow ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU. Einem solchen Abkommen mit seinen Klauseln in Hinsicht auf demokratische und marktwirtschaftliche Orientierung stand die bisherige innenpolitische Entwicklung Usbekistans eher entgegen. Danach soll Europa Usbekistan beim Aufbau von Demokratie helfen, was in einem Land, in dem politische Opposition mit Extremismus gleichgesetzt, Parteienbildung unter Regierungskontrolle gestellt und die nächstfällige Präsidentenwahl per Referendum ausgesetzt wurde, nicht leicht ist. Das Abkommen enthält allerdings eine Vorbehaltsklausel, die es der EU gestattet, im Falle klarer Verletzungen der entsprechenden Prinzipien die Partnerschaft zu suspendieren. Der Ratifikationsprozeß wird sich über Jahre hinziehen. In dieser Zeit kann sich in Usbekistan die politische Entwicklung in eine liberalere Richtung bewegen. Karimow

¹³ Ljaporov in *Nezavisimaja gazeta*, 13.9.1996.

¹⁴ S.F. Starr, *Making Eurasia Stable*, in: *Foreign Affairs*, January/February 1996, S. 80-92.

¹⁵ *Interfax*, 6.4.1995/ Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland 7.4.1995.

betonte nachdrücklich die Verpflichtungen, die aus den jüngsten vertraglichen Beziehungen mit westlichen Partnern erwachsen.¹⁶

¹⁶ Pressekonferenz mit ausländischen Diplomaten und Journalisten, Pravda vostoka, 13.7.1996.

Unter den europäischen Staaten rangiert Deutschland für die usbekische Außenpolitik besonders hoch. Der Präsident widmete den bilateralen Beziehungen in seinem Überblick über die Außenpolitik Usbekistans Ende 1995 breiten Raum und bezeichnete Deutschland als "verlässlichen strategischen Partner". "Seine Autorität in Europa und sein interessiertes Verhalten gegenüber Usbekistan ist bestimmend für unseren Eintritt in europäische Strukturen". Dabei hob Karimow besonders die kulturelle Zusammenarbeit hervor.¹⁷ An anderer Stelle nannte er Deutschland an erster Stelle unter den wichtigsten Investoren vor Südkorea, Japan und den USA.¹⁸

Demokratisierung und Außenpolitik

Präsident Karimow gab beim Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers 1995 erstmals zu, daß "in der ersten Phase der Unabhängigkeit" Menschenrechtsverletzungen vorgekommen seien. Neuerdings ist Taschkent bemüht, eine innenpolitische Wende zu signalisieren. Man habe nun Stabilität so weit gesichert, daß man sich Demokratisierung erlauben könne. Vor dem letzten Besuch Karimows in den USA wurden 85 Personen aus der Haft entlassen. Es folgten weitere Amnestierungen vor dem fünften nationalen Unabhängigkeitstag am 1. September 1996. Die betroffenen Personen waren unter verschiedenen Anschuldigungen vor Gericht gestellt worden. Sie hatten zumeist Beziehungen zur exilierten Opposition der repressierten "Parteien" Birlik und Erk oder zur verbotenen Oppositionsliteratur. Ferner fand ein Kongreß der Gesellschaft für Menschenrechte Usbekistans statt, an dem 62 Mitglieder dieser bislang nicht registrierten Organisation teilnahmen, darunter Abdumanib Pulatow, ein Menschenrechtsaktivist und ehemaliger Birlik-Führer, der erstmals seit drei Jahren aus seinem politischen Exil in den USA nach Usbekistan zurückkehrte.¹⁹ Pulatow spricht neuerdings von einer Verbesserung der innenpolitischen Situation und äußert verhaltene Hoffnung, daß die nächste Generation ein gewisses Maß an Demokratie erleben wird.²⁰ Auch die Zulassung der internationalen Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch und Open Society Institute sowie die Erlaubnis für Radio Liberty/Radio Free Europe, nach Jahren der Verzögerung Programme in Usbekistan zu senden, gehörten zu den Liberalisierungsgesten im Zusammenhang der usbekisch-amerikanischen Annäherung. Auf Pressekonferenzen und Ansprachen vor dem Parlament forderte der Präsident eine aktivere Rolle der Presse, die "westlichen Standard" entwickeln soll, und effektiveren Schutz von Bürgerrechten. In der bislang regierungsabhängigen usbekischen Presse erscheinen gehäuft Artikel über Demokratisierung, Liberalisierung der Medienpolitik und ähnliche Themen.²¹ Bislang wurde politischer Pluralismus zwar auch schon durch die Verfassung von 1992 gefordert, in der Praxis aber eher als Destabilisierungspotential behandelt. Eine "demokratische Wende" in Usbekistan wäre eine der größten Überraschungen im zentralasiatischen Raum. Hier hat sich bislang eine Entwicklungskonvergenz in Richtung auf "autoritäre Stabilitätswahrung" gezeigt - auf eine Option, die durch die Verschärfung der afghanischen Wirren eher bestärkt wird.

Uwe Halbach

¹⁷ Pravda vostoka, 30.12.1995.

¹⁸ Pravda vostoka, 13.7.1996.

¹⁹ Er war 1992 vom usbekischen Staatssicherheitsdienst von einer Menschenrechtskonferenz in Bischkek entführt und in Usbekistan wegen "Beleidigung des Präsidenten" vor Gericht gestellt worden. Zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, wurde er damals nach 52 Hafttagen amnestiert und ging ins Exil.

²⁰ Nezavisimaja gazeta, 12.9.1996.

²¹ A. Komilov (Außenminister Usbekistans), Demokratik uzgarišlar julida (Auf dem Weg demokratischer Veränderungen), Halk Suzi 25.9.1996; Novye zadači perez SMI, Narodnoe slovo, 9.10.1996; Garantii prav čeloveka, Pravda vostoka, 10.10.1996.